

S-01 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha)

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen

Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren

1 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles ändert. Bedrohliches wie auch Positives.
2 Veränderung wird von manchen erhofft, von anderen befürchtet. Wir sind überzeugt, dass unser
3 Land in einem vereinten Europa das Beste noch vor sich hat – wenn wir jetzt beherzt
4 anpacken. Wir wollen dafür Verantwortung übernehmen.

5 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Herausforderungen löst nicht,
6 wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt
7 erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben.

8 Deshalb wollen wir regieren. Dafür brauchen wir Partner. Diese Partnerschaft muss darauf
9 gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können.
10 Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei diesen Vorhaben entschieden mit
11 voranzugehen.

12 1. Klimaschutz voranbringen

13 Das Klima zu schützen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen, dass Deutschland seine
14 Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2050 wollen wir nur noch
15 saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die
16 Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen
17 Übergang. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Die
18 Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung
19 ein. Wir steigen aus der klimafeindlichen Kohle aus. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke
20 schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann.

21 2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen

22 Eine erfolgreiche Wirtschaft ist in Zukunft erneuerbar, effizient und digital – auch in der
23 Mobilität. Das saubere Auto soll auch in Deutschland entwickelt und gebaut werden.
24 Deutschland hat dafür weltweit die besten Ingenieurinnen und Ingenieure. Aber es braucht
25 einen ehrgeizigen politischen Rahmen und damit Planbarkeit. Wir beenden die Ära des fossilen
26 Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken. Wir schaffen die steuerlichen,
27 fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der
28 Zukunft. Wir beenden die Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg. Wir
29 kurbeln die E-Mobilität an, indem wir für Neuwagen ein Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer
30 integrieren, von dem profitiert, wer weniger CO₂ ausstößt. Das befördert Innovation und
31 sichert mit deutscher Hightech Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

32 3. Landwirtschaft nachhaltig machen

33 Immer mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt
34 werden. Sie wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Böden
35 schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und
36 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft
37 umsteigen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung ersetzen wir

38 über die nächsten zwanzig Jahre durch artgerechte Tierhaltung. Wir setzen höhere
39 Tierschutzstandards per Gesetz durch und führen eine Haltungskennzeichnung beim Fleisch ein.
40 Wir schichten die europäischen Steuermilliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu
41 neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur
42 mit den Bäuerinnen und Bauern.

43 **4. Europa zusammenführen**

44 Wir wollen das vereinte Europa stärken. Denn ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle
45 weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben. Mit uns wird
46 es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht
47 Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt
48 einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die
49 digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der
50 Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung
51 und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir
52 wollen mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die
53 Parlamente in der Europapolitik.

54 **5. Familien stärken**

55 Wir wollen, dass das Aufstiegsversprechen für alle gleichermaßen gilt. Dazu braucht es faire
56 Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und
57 intakte und gut ausgestattete Schulen – statt mit der Gießkanne Geld auszugeben. Wir
58 bekämpfen Kinderarmut. Wir verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden
59 Euro zusätzlich mit dem Familienbudget gerechter. Damit eröffnen wir endlich allen Kindern
60 gute Chancen für ihr Leben - egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind.
61 Insbesondere Frauen machen wir es so einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

62 **6. Soziale Sicherheit schaffen**

63 Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen wir vor einem großen Umbruch. Wir wollen
64 dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch
65 einlösen kann. Und wir wollen soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Deshalb bauen
66 wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung
67 für alle um. Wir stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und
68 beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten. Und wir verbessern die soziale
69 Absicherung von Selbstständigen. Wir gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit.
70 Gleichwertige Arbeit soll endlich gleich bezahlt werden – egal, ob sie von Frauen oder
71 Männern geleistet wird. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso
72 wenig wie die gläserne Decke, an die Frauen immer noch stoßen. Quoten bleiben das wirksamste
73 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

74 **7. Integration zum Erfolg führen**

75 Wer anpackt für unsere gemeinsame Heimat, gehört dazu. Wer hier glücklich werden will, muss
76 unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für
77 alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir beurteilen Menschen nicht
78 danach, wo sie herkommen, sondern wohin sie im Leben wollen. Wir legen künftig in unserer
79 Einwanderungsgesellschaft mehr Wert auf Erziehung zur Demokratie für alle Kinder und
80 Jugendlichen. Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird,
81 ist deutscher Staatsbürger. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn auch
82 das hilft ihnen, sich zu integrieren. Wir stehen für eine humane und zudem gemeinsame
83 europäische Flüchtlingspolitik ein. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine
84 Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und
85 Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.

86 **8. Liebende heiraten lassen**

87 Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben
88 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. Das sehen in
89 Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben heiraten dürfen. In
90 22 Länder weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben das Ja-Wort geben.
91 Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das
92 Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

93 **9. Freiheit sichern**

94 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der
95 größten Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem
96 Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen können sich in der
97 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homosexuelle, sogar
98 Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Vielen Menschen macht zurecht die hohe Zahl der
99 Einbrüche Angst. Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik,
100 die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert.
101 Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet
102 ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der
103 Sicherheitsbehörden. Wir setzen auf gezielte Überwachung statt massenhaftem Ausspähen aller
104 Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler Bestandteil
105 der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen.

106 **10. Fluchtursachen bekämpfen**

107 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Doch wir tragen derzeit mit
108 Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb
109 beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht
110 auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.
111 Deshalb stärken wir mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit.
112 Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen
113 streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die
114 Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist
115 diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen.

116 **Unser verbindliches Angebot**

117 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser
118 Maßstab für eine Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die
119 Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die Grünen wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

120 Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, die die Große Koalition
121 bietet. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu sprechen,
122 ob wir unsere Vorhaben umsetzen können. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie
123 und Verantwortung.

124 Wir haben bereits einmal sieben Jahre lang in einer Koalition mit der SPD unsere Republik
125 erfolgreich regiert und nach vorne gebracht. Daran würden wir gerne wieder anknüpfen. Doch
126 über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je stärker die Grünen
127 im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht haben wir
128 auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt
129 und unsere Kernvorhaben umgesetzt werden können. Das ist für uns Anforderung, um
130 verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann
131 geht es nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis
132 unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen.

- 133 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft. Wer mit
134 uns regieren will, muss sich mit auf den Weg dorthin machen.
135 Zukunft wird aus Mut gemacht!

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen

Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren

Begründung der Dringlichkeit:

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen dieses Frühjahrs machen eine Konkretisierung unserer politischen Vorhaben für das Bundestagswahlprogramm die Bundestagswahl erforderlich. Dieser Wahlkampf findet in einer Zeit starker Veränderungen des Parteiensystems und daher ohne absehbare Koalitionsmodelle statt. Deshalb brauchen wir Grüne eine starke inhaltliche Verbindlichkeit und Fokussierung in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Diese Fokussierung sollte Teil des Wahlprogramms sein und daher von der BDK getragen werden.

Da die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen erst nach Antragsschluss stattfanden, reichen wir diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag ein.

Dieser Antrag soll als Schlusskapitel in das Wahlprogramm aufgenommen werden.

Der Bundesvorstand, der Vorstand der Bundestagsfraktion, der Parteirat und das Treffen der Landesvorsitzenden mit dem Bundesvorstand unterstützen geschlossen den Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren.

Unterstützer*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Anton Hofreiter (KV München-Land); Simone Peter (KV Saarbrücken); Winfried Kretschmann (KV Esslingen); Robert Habeck (KV Flensburg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Britta Haßelmann (KV Bielefeld); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Fritz Kuhn (KV Stuttgart); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Ramona Pop (KV Berlin-Mitte); Anja Siegesmund (KV Jena); Stefan Wenzel (KV Göttingen); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord)

S-02 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP) (ehemals BTW-10-1 und 2)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende
7 beschleunigt
 - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, damit wir
9 die Gesundheit von Menschen, Umwelt, Tieren und Ernährung auch für künftige
10 Generationen sichern
 - 11 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und
12 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
 - 13 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für
14 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
 - 15 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei
16 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen
17 Abstiegsängste zu nehmen
 - 18 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,
19 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention
20 behandelt
 - 21 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz
22 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
 - 23 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit
24 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Akzeptanz, Vielfalt der
25 Lebensformen und einer Ehe für alle
 - 26 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern
27 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel
28 fördert, die Vereinten Nationen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze setzt
29 und Rüstungsexporte reduziert
 - 30 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU
31 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und
32 durchsetzbaren demokratischen Standards
 - 33 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr
34 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso
35 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und belasteten Nahrungsmitteln

- 36 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt
37 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und
38 verfassungsgemäß sind
- 39 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu
40 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter
41 Demokratie sorgt
- 42 • mutig und zukunftsorientiert ist!

43 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir
44 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb
45 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu
46 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne
47 können sich für Sie stark machen!

Begründung

Dieser Antrag wird unterstützt vom Kreisverband Fürth-Stadt.

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gegeben haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Unterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das wirklich sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme der Wähler*innen
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, um so wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hatte. Demokratischer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten und damit die Partei in ihrer ganzen Breite - vom einfachen OV-Mitglied bis zur Spitzenkandidatin - an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen. Das läge auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf! Denn da müssen wir zusammenhalten!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten m.E. nichts, was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre es sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen. Er ist konsequent positiv formuliert, also wofür wir sind und nicht wogegen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein dürfen, das möge die BDK entscheiden. Es sollte aber allen klar sein: Wenn wir den Antrag gar nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

Unterstützer*innen

Holger Lange (München-Land KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Justin Jacob (Dortmund KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Søren Brand (Bremen-Ost KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Markus Wagener (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Kerstin Dehne (München KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Till Hoffmann (Köln KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Peter Heilrath (München KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Luisa Schwab (Köln KV); Birgit Gerhard-Hentschel (Rastatt/Baden-Baden KV); Fabio Voss (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Georg Sieglen (Köln KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Martin Kühn (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Tobias Grupe (Köln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Christian Stunz (Köln KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Bert Lahmann (Köln KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); André Moser (Düsseldorf KV); Andrea Asch (Köln KV); Ingo Wolff (Viersen KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Tobias Politt (Köln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Daniel Brandes (Hannover RV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Moritz Darge (Mülheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Niklas Graf (Wesel KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Roland Schwarz (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (Bochum KV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingo Volp (Mainz KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Andreas Falkowski (Rhein-Sieg KV); Sonja Karas (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Yves Reich (Köln

KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Mario Michalak (Köln KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Diethelm Schneider (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Nadin Bisewski (Celle KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Karin Fetzner (Wesel KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Hans-Werner Ignatowitz (Euskirchen KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Dorothée Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Stefan Wolters (Köln KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)

S-03 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel)

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen

1 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbar "Grüner Handschrift" im Koalitionsvertrag: Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

Wir leben in Zeiten großer Änderungen und Verwerfungen – auch und gerade in der weltweiten Politik. Bedroht ist vor allem die Fortentwicklung eines gemeinsamen Europas, welche uns immerhin die längste Friedenszeit der letzten Jahrhunderte gebracht hat. Aber wir treten für die Zukunft des vereinten Europas ein und wollen diese mit entwickeln und mit gestalten.

Die Große Koalition produziert Armut, wir wollen sie beenden. Der einfachste Weg der Umsetzung ist eine Regierungsbeteiligung, die wir anstreben – allerdings nicht um jeden Preis. Unsere Ziele müssen in einer möglichen Koalition in einer deutlich erkennbaren Größenordnung umsetzbar sein. Eine Regierungsbeteiligung um der Regierungsbeteiligung willen – ohne unsere eigenen Ziele mehrheitlich umsetzen zu können – wird es mit uns nicht geben! Werden uns in einer Regierungsbeteiligung zu viele Zugeständnisse abverlangt, werden unsere Stimmen nicht zu haben sein. Dann bleibt uns die Opposition, in der wir ebenfalls für unsere Vorstellungen kämpfen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch auf diesem Weg manches erreichbar ist.

Die nachfolgend aufgeführten Punkte haben dabei für uns Priorität, sie stellen aber nur einen Auszug aus dem Programm dar.

1. **Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

Das Klima zu schützen, ist – gerade NACH dem Ausstieg der USA – eine Menschheitsaufgabe. Alle aktuellen Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel bereits in den nächsten Jahrzehnten für Millionen von Menschen die Lebensgrundlage vernichten wird.

Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2040 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab, achten dabei auf einen fairen Übergang und nehmen die Menschen, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden, mit. Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO₂ und andere klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann. Bis 2025 wollen wir ganz aus der klimafeindlichen Kohlekraft aussteigen.

2. **Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Wir werden jedoch keiner Regierungsvereinbarung zustimmen, die – wie jetzt erneut von Trump gefordert - den Verteidigungsetat auf 2% der Wirtschaftsleistung (oder auch nur in dieser Größenordnung) und damit um 30 Milliarden Euro erhöht. Dieses Geld ist in der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, für Klimaschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Landwirtschaft, friedensfördernde Maßnahmen, Bekämpfung von Krankheiten und Kindersterblichkeit und vieles mehr um Zehnerpotenzen wirkungsvoller angelegt.

39 Auch tragen wir seit langen Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und
40 Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit
41 einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in
42 anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.

43 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir
44 wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas und andernorts beenden, unter Schutz der
45 kleinen Familienbetriebe. Wir werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts
46 Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen
47 Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre
48 Heimat verlassen zu müssen.

49 **3. Europa zusammenführen**

50 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der
51 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität
52 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische
53 Modernisierung und in die digitale Zukunft investieren und damit auch zur Bekämpfung der
54 Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend die Transparenz der
55 europäischen Politik und der daraus entstehenden Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger
56 schaffen und den Parlamenten mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um
57 der Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung in Europa entgegen zu wirken. Wir fordern
58 Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen
59 Jugendarbeitslosigkeit. Überlebenswichtig für Europa ist die Zusammenarbeit mit Frankreich,
60 weshalb wir die Reformvorschläge für Europa von Emanuel Macron konstruktiv aufgreifen
61 werden.

62 **4. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

63 Wir wollen die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Die Menschen bekommen immer
64 weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen sind gekürzt worden. Das Geld zum
65 Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente. In vielen Städten werden die Mieten für
66 Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher: Zeit für
67 Steuergerechtigkeit. Dabei müssen geringe Einkommen und die breite (Facharbeiter-)
68 Mittelschicht auf der „Haben“-Seite bleiben, d.h. entlastet werden. Der Progressionsbauch
69 (schleichende Steuererhöhung) der letzten Jahrzehnte wird auf ein vernünftiges Maß
70 zurückgestutzt. Zur Finanzierung werden z.B. große Vermögen, große Erbschaften und sehr hohe
71 Einkommen angemessen besteuert. Dass etliche große, reiche Firmen mit internationalen
72 Verflechtungen wenig oder gar keine Steuern zahlen, werden wir ebenfalls angehen. Mit uns
73 werden die Menschen, die darauf angewiesen sind, besser sozial abgesichert. Wir schaffen
74 bezahlbaren Wohnraum und stärken die Rechte derer, die sich bisher kaum gegen ihre Armut
75 wehren können, vor allem wenn diese nicht selbstverschuldet ist. Die Hartz-IV-Sanktionen
76 werden wir zu den Akten legen, sie sind uneffektiv und bevormunden erwachsene Menschen in
77 unerträglichem Maß.

78 Insgesamt wollen wir die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, im Alter sowie
79 bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestalten, um den
80 Menschen Abstiegsängste zu nehmen und das Sozialsystem zu einem gerechten und motivierenden
81 Teilhabesystem zu entwickeln.

82 Um das zu erreichen, bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer
83 solidarischen Bürgerversicherung für alle um und stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden
84 die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der
85 Krankenversicherung. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbstständigen. Wir
86 gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Gleichwertige Arbeit muss endlich gleich

87 bezahlt werden. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso wenig wie
88 die unsichtbare Aufstiegsbarriere für qualifizierte Frauen. Quoten bleiben das wirksamste
89 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

90 **5. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

91 Auch wenn in Deutschland 2022 alle AKWs abgeschaltet werden, bleibt bis zum Atomausstieg
92 auch hier viel zu tun. Die beiden Typ-Fukushima-Reaktoren in Gundremmingen müssen vorzeitig
93 vom Netz, die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen ernst genommen und in wirkungsvolle
94 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Produktion des Rohstoffs für Dutzende anderer
95 Länder, die damit im „Worst Case“ auch Zugang zu Atomwaffen haben, in Lingen und Gronau
96 werden wir schnellstmöglich beenden.

97 Wir werden dafür eintreten, dass vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Eine
98 Bundesregierung mit grüner Beteiligung wird sich für den UN-Resolutionsentwurf zum Verbot
99 von Atomwaffen einsetzen. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben und
100 damit auch die völkerrechtswidrige „Nukleare Teilhabe“ beenden. Den aufkeimenden
101 Diskussionen um eine europäische Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige
102 Absage.

103 **6. Integration zum Erfolg führen**

104 Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik ein, gemeinsam mit den europäischen Partnern.
105 Mit uns gibt weder eine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht noch
106 Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir lehnen das
107 Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns das Schicksal des einzelnen
108 Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn
109 auch das hilft ihnen, sich zu integrieren.

110 Deutschland ist heute schon faktisch eine Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch nötig, um
111 unser Sozialsystem dauerhaft zu stabilisieren und wirtschaftlich nicht abgehängt zu werden.
112 Dabei ist selbstverständlich, dass Flüchtlinge und Einwander*innen, unsere neuen
113 Mitbürger*innen, unsere Werte anerkennen und respektieren. Wir reformieren das
114 Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir
115 stehen uneingeschränkt zum Doppelpass.

116 **7. Familien stärken, Liebende heiraten lassen**

117 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere
118 Kita-Qualität und schaffen intakte und gut ausgestattete Schulen. Wir beseitigen die
119 Kinderarmut, verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden Euro
120 zusätzlich durch das Familienbudget gerechter. Insbesondere Frauen machen wir es so
121 einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

122 Wir wollen die Ehe-für-alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben
123 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, darf es rechtlich nicht behindert werden.
124 Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben
125 heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben
126 das Ja-Wort geben. Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land
127 Deutschland.

128 **8. Mobilität neu definieren – ÖPNV stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

129 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.
130 Auch dieses Problem muss schnell und aktiv gelöst werden: Viele Fahrten lassen sich
131 vermeiden, andere auf öffentliche nutzerfreundliche Verkehrsmittel und Massentransporte wie
132 Güterzüge umlenken. Autos – wo noch nötig – lassen sich gemeinsam und mehrfach nutzen

133 (Fahrgemeinschaften, Carpools, Car-Sharing etc.). Wo der Verkehr noch bleibt, ist er in
134 Zukunft erneuerbar, effizient und digital. Die Entwicklung des „sauberen Autos“ hat
135 Deutschland verschlafen, hier haben wir einen großen Nachholbedarf, auch gerade in Richtung
136 universell nutzbarer Lademöglichkeiten und Bezahlssysteme für Elektroautos. Wir setzen den
137 parteiübergreifenden Bundesratsbeschluss vom September 2016 um, ab 2030 nur noch
138 emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Bis dahin integrieren wir für Neuwagen ein CO2-
139 abhängiges Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer mit jährlichem Anstieg für die
140 umweltschädlichen Fahrzeuge. Wir beenden die Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Die
141 Einführung der pauschal jeden treffenden PKW-Maut lehnen wir ab. Bei der Benzinststeuer kippen
142 wir den nicht mehr zeitgemäßen Bonus für Diesel. Der Mehrertrag wird in die Subventionierung
143 von Strom an Ladestationen investiert. Damit wird die Klima- und Atemluftbelastung gerechter
144 nach gefahrenen Kilometern bezahlt und nicht pauschal.

145 **9. Gefahren vorbeugen, Sicherheit stärken, Freiheit bewahren**

146 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus, auch mit islamistischem
147 Hintergrund, ist eine der wesentlichen Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte
148 sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten, auch weil sie zu oft
149 von einer schweigenden Mehrheit geduldet und verharmlost wurde. Frauen können sich in der
150 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homo- und Transsexuelle,
151 sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Wir stehen für eine effektive
152 Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der
153 Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden
154 Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die
155 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Aber wir setzen uns auch
156 weiterhin verstärkt ein gegen Überwachungen mit pauschalen Verdächtigungen und massenhaftem
157 Ausspähen aller Bürger*innen. Gezielte Einsätze von Videokameras im vielfrequenzierten
158 öffentlichen Raum mögen sinnvoll und unterstützenswert sein, aber das grundlose Schleifen
159 der Datenschutzrechte lehnen wir ab. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler
160 Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen. Ebenso
161 werden wir unser Augenmerk verstärkt auf die organisierte Kriminalität wie beim Schmuggel,
162 beim Menschenhandel und bei dem Betrug mit gefälschten Medikamenten richten.

163 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

164 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere
165 Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und
166 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft
167 umsteigen – ohne Ackergifte, Gentechnik und Hormon-Massenverabreichung. Die Verbreitung der
168 tödlichen Krankenhauskeime hat auch hier eine ihrer Ursachen. Wir wollen alle Subventionen
169 und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns ein für ein
170 neues Tierschutzrecht, um die industrielle Massentierhaltung über die nächsten zwanzig Jahre
171 durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Wir helfen mit europäischen Steuermilliarden den
172 Bäuerinnen und Bauern, die Umweltschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit zu ihrer Maxime beim
173 Wirtschaften machen.

174 **Unser verbindliches Angebot**

175 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber unsere wichtigsten. Ihre
176 Durchsetzbarkeit ist der Maßstab für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Damit wissen Sie,
177 liebe Bürgerinnen und Bürger, was unsere gemeinsame Aufgabe sein wird, die auch Sie
178 mitgestalten können – und was nicht – wenn Sie die Grünen wählen.

179 Es ist unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von
180 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Deshalb sind wir bereit, nach

181 der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu prüfen, ob wir die wesentlichen Kernpunkte
182 unserer Vorhaben umsetzen können. Mitregieren können und werden wir, wenn das Wahlergebnis
183 es ermöglicht, wenn die Richtung stimmt und wir unsere Kernvorhaben umsetzen können. Das
184 entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung. Je stärker die Grünen im
185 nächsten Deutschen Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir
186 haben, um diese Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es
187 nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren
188 Mitgliedern in einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen. Falls eine
189 erkennbare Mehrheit unserer Ziele erreicht und uns keiner unserer feststehenden Grundsätze
190 verweigert wird, werden die Grünen einer Regierungsbeteiligung zustimmen.

191 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte
192 lebenswerte, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft.

193 Die Bundesversammlung (BDK), das oberste Organ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Ergibt sich aus der Einreichung und Anerkennung der Dringlichkeit des S-01

Begründung:

Der 10-Punkte-Plan macht Sinn, wenn die wichtigsten programmatischen Forderungen der grünen Beschlusslage dargelegt werden. Die bisher formulierten 10 Punkte sind ein Minimalkonsens und anschlussfähig nach allen Seiten, enthalten jedoch nicht den Kern der grünen Beschlusslage. Wenn die BDK die 10 wichtigsten Punkte verabschieden und eine Öffentlichkeitswirkung davon ausgehen soll, müssen diese klare Kante und Botschaften für den Wahlkampf enthalten.

Das Grundprinzip unserer Partei lautet: „die Basis ist Boss“ und diese entscheidet auf der BDK. Auch um für eine gute Klimapolitik zu kämpfen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens einzuhalten, brauchen wir klare Beschlüsse. Bei der Verkehrspolitik wird nicht mehr einseitig auf den Individualverkehr und E-Autos gesetzt, stattdessen nehmen wir die Verkehrswende in den Blick. Der Atomausstieg ist ein Grünes Ur-Thema, sein Fehlen wird – gerade in der aktuellen Entwicklung – von den Wähler*innen nicht verstanden und noch weniger akzeptiert werden.

Unterstützer*innen

Barbara Hanning (Hagen KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Patrick Voyé (Marburg-Biedenkopf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Reinhard Prüllage (Grafschaft Bentheim KV); Robin Luge (Harz KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Wolfgang Ehle (Kassel-Land KV); Matthias Restorff (Schwarzwald-Baar KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Krieg (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Denis

Wermuth (Neckar-Bergstraße KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Herbert Bohr (Wiesbaden KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Jürgen Radtke (München-Land KV); Stephanie Otto (Bad Kreuznach KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV)

UK-KS-01-016-2 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Georg Kössler (Berlin-Neukölln KV)

Aktualisierung in UK-KS-01 WIR MACHEN DEUTSCHLAND ZUM VORREITER BEIM KLIMASCHUTZ

- 1 Ersetze im Antrag UK-KS-01 in Zeile 16:
- 2 *"Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir Deutschland und Europa wieder*
- 3 *zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen."*
- 4 Durch:
- 5 Während Trump aus dem Klimaabkommen aussteigt, wollen wir Deutschland und die EU erst recht
- 6 wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen. Denn die Klimakrise wartet
- 7 nicht, bis es sich die US-Regierung vielleicht irgendwann wieder anders überlegt. Dafür
- 8 wollen wir noch stärker mit ambitionierten Staaten und auch US-Bundesstaaten wie Kalifornien
- 9 zusammenarbeiten. Wenn die USA sich aus der finanziellen Unterstützung der am meisten vom
- 10 Klimawandel betroffenen armen Staaten zurückziehen, dann muss die EU dafür sorgen, dass
- 11 diese Lücke geschlossen wird. In der Handelspolitik müssen CO₂-Minderungsziele eine
- 12 Voraussetzung für neue Abkommen sein.

Begründung

BEGRÜNDUNG DER DRINGLICHKEIT: Trump ist erst nach Antragschluss aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Dazu müssen wir als Grüne uns verhalten.

Unterstützer*innen

Frederik Landshöft (Krefeld KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Thomas Künstler (Berlin-Mitte KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Anne Schierenbeck (Bremen-Nordost KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Werner Weindorf (München-Stadt KV); Molina Gosch (Berlin-Mitte KV)

WB-EW-01-050-2 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: KV Duisburg

Beschlussdatum: 13.06.2017

Ergänze in WB-EW-01 nach Z. 50:

- 1 Wir werden für langzeitgeduldete Menschen endlich eine sichere Perspektive schaffen. Dafür
- 2 brauchen wir Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland lebende, beispielsweise
- 3 geduldeten Menschen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis ohne Einschränkungen
- 4 ermöglichen und Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung.

Begründung

Begründung:

Ein Großteil der über 100.000 langjährig geduldeten Flüchtlinge lebt bereits länger als acht Jahre in Deutschland. Darunter mindestens 30.000 Kinder und Jugendliche.

Am 29. Mai 2017 wurden die 14-jährige Bivsi Rana und ihre Familie nach Nepal abgeschoben – in ein Land, das die in Deutschland geborene Bivsi noch nie gesehen hat und dessen Sprache sie kaum spricht. Die Abschiebung hat zurecht bundesweit große Empörung ausgelöst. Es ist schwer zu verstehen, warum eine Schülerin mitten aus ihrem Leben gerissen wird, nur weil sie die vermeintlich falschen Papiere hat. Die Familie ist "perfekt integriert", hat hier seit fast 20 Jahren gelebt und gearbeitet. Diese Abschiebung ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern auch das völlig falsche Signal in einem Land, das auf Einwanderung angewiesen ist! Bivsi Rana, Gymnasialschülerin aus Duisburg, ist ein stellvertretendes Beispiel von vielen. Geboren und aufgewachsen in Deutschland, spricht sie Deutsch als Muttersprache und hat keinerlei Bezug zu ihrer vermeintlichen Heimat Nepal, dem Herkunftsland ihrer Eltern.

Dieser und ähnliche Fälle sind symptomatisch dafür, dass die Große Koalition und hier insbesondere die SPD gescheitert ist, einem Großteil der Langzeitgeduldeten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus einzuräumen. Wir brauchen endlich Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland geduldeten Menschen eine Aufenthaltsperspektive bieten, Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung und einen Beitrag zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft leisten. Damit wollen wir zum einen Abschiebungen wie jene der Familie Rana verhindern und zum anderen neue Perspektiven für Langzeitgeduldete schaffen.

Denn viele Arbeitgeber*innen scheuen sich vor Einstellungen von Geduldeten ohne sicheren Aufenthaltstitel, so dass ganz allgemein die Existenzsicherung deutlich erschwert ist. Dieser „Teufelskreis“ muss endlich durchbrochen werden!

Begründung der Dringlichkeit:

Die Abschiebung von Familie Rana fand nach der Änderungsantragsfrist statt. Die Reaktionen der Bevölkerung in Duisburg und darüber hinaus zeigen, dass die aktuelle Abschiebep Praxis, „gut integrierte“ Familien abzuschieben, auf breites Unverständnis stößt. Grund genug, dass auch wir laut und deutlich dafür streiten, die aktuellen Bleiberechtsregelungen zu reformieren und uns klar Forderungen nach verschärften Abschiebungen entgegenstellen. Da der bisherige Programmentwurf sich zu diesen Fragen nicht klar äußert, eine Positionierung der Partei aber unablässig erscheint, ist die Behandlung geboten.

WB-EZ-01-031-3 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Frithjof Schmidt (Bochum KV)

Wahlen in Frankreich

- 1 Wir beantragen die Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 30:
- 2 Mit seiner Botschaft von Zuversicht und Hoffnung und seinem klaren Ja zu Europa ist es
- 3 Emmanuel Macron gelungen, die nationalistische, fremdenfeindliche und anti-europäische
- 4 Politik von Marine LePen zu verhindern. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich so viele
- 5 Französinen und Franzosen für Europa und für eine offene Gesellschaft entschieden haben. Es
- 6 kommt nun auf eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Frankreich und Deutschland an,
- 7 für ein starkes sozial-ökologisches Europa zu kämpfen. Macron fordert zurecht ein Ende der
- 8 Austeritätspolitik und eine große europäische Investitionsoffensive. Deutschland muss hier
- 9 den bisherigen Kurs von Merkel, Schäuble und Gabriel endlich ändern und Macrons Initiative
- 10 unterstützen.

Begründung

Eilbedürftigkeit: Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stand erst nach Frist für Änderungsanträge fest.

Unterstützer*innen

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Neda Noraie-Kia (Düsseldorf KV); Doris Wagner (München KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Alexander Diek (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Petermann (Bochum KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ute Koczy (Lippe KV); Johannes Dorn (Münster KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV)

WB-EZ-01-034-4 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 34

1 Mit dem neuen französischen Präsidenten gibt es die große Chance, neue Bewegung in die
2 europäische Politik zu bringen. Diese müssen wir nutzen, denn es geht um nichts weniger als
3 um die Zukunft Europas. Der französische Präsident fordert zu Recht mehr europäische
4 Investitionen und eine bessere Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik in der
5 Europäischen Union. Eine Regierung mit grüner Beteiligung wird diesen Impuls aufgreifen und
6 gemeinsam mit Macron umsetzen, statt wie die bisherige Bundesregierung alle Ideen für
7 europäische wirtschaftspolitische Initiativen abzublocken oder auf die lange Bank zu
8 schieben. Dabei ist für uns zentral, dass der deutsch-französische Motor die gesamte EU im
9 Blick behält und weder die kleineren noch osteuropäischen EU-Partner vor den Kopf stößt.
10 Eine verstärkte Zusammenarbeit – auch zwischen den Ländern der Eurogruppe – muss so
11 gestaltet sein, dass sie den anderen EU-Mitgliedstaaten jederzeit erlaubt, die
12 entsprechenden Integrationsschritte mitzugehen. Ein Vorgehen bestimmter Mitgliedstaaten
13 muss zudem immer im Rahmen des Gemeinschaftsrechts und damit unter voller Beteiligung des
14 Europäischen Parlaments stattfinden.

15 Wir setzen uns dafür ein, im EU-Haushalt einen Zukunftsfonds einzurichten, der mittels
16 öffentlicher Investitionen die öko-soziale Modernisierung der europäischen Wirtschaft
17 vorantreibt und darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt sowie
18 Wirtschaftskrisen bekämpft. Am Zukunftsfonds sollen sich alle EU-Staaten beteiligen dürfen,
19 die im Gegenzug stärkere Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung
20 ergreifen. Eine Maßnahme für diese Finanzierung ist für uns ein europäischer Mindestsatz bei
21 der Unternehmensbesteuerung. Der EU-Investitionsfonds (EFSI) soll aufgestockt werden, auch
22 Deutschland soll endlich einzahlen. Auch einen Risiko-Kapitalfonds für innovative
23 europäische Start-ups halten wir für richtig. Außerdem muss sich die nächste Bundesregierung
24 bereit erklären, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen. Kein anderes Land profitiert vom
25 Binnenmarkt und vom Euro so sehr wie Deutschland. Es wird Zeit, davon etwas zurückzugeben.
26 Außerdem wollen wir die demokratische Kontrolle der Euro-Politik durch das Europäische
27 Parlament stärken. Dafür sollte ein Euro-Ausschuss im Europäischen Parlament eingerichtet
28 werden, der starke Informationsrechte erhält und EU-Kommission und Eurogruppe stärker als
29 bisher kontrolliert. Wichtige Entscheidungen soll dieser Ausschuss mit Abgeordneten der
30 nationalen Parlamente diskutieren. Um die Rückbindung der Euro-Gruppe zum Europäischen
31 Parlament zu stärken, schlagen wir vor, den EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung als
32 nächsten Präsidenten der Eurogruppe zu wählen.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung. Zudem wird es in der Diskussion nun um die entscheidende Frage gehen, wie der deutsch-französische Motor die europäische Zukunftagenda gestalten wird.

Unterstützer*innen

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Levin Velt (Halle KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Anais Bordes (Berlin-Pankow KV); Marius Kühne (Münster KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Ralf Lottes (Berlin-Pankow KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Regina Klünder (Kiel KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Pitzer (Kassel-Stadt KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Sivan Pätsch (Münster KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Kevin Köhler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

WB-EZ-01-055-4 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: BAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 01.06.2017

Europakapitel WB-EZ-01 nach Zeile 55 einfügen

- 1 Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung.
- 2 *Dabei geht es nicht darum, die Geldbörse zu zücken und unseren „teuren Freunden“ Schulden zu*
3 *erlassen oder andere Geschenke zu machen. Frankreich, Italien und andere Krisenländer*
4 *benötigen nicht unsere „Hilfe“. Sie benötigen aber eine andere Politik in Deutschland.*
5 *Anstatt Fehler nur bei anderen zu suchen, müssen wir anerkennen, dass wir mit unserer*
6 *übertriebenen Lohnzurückhaltung und unseren zu geringen Investitionen ganz Europa*
7 *destabilisieren. Wenn wir jetzt dafür sorgen, dass die Löhne bei uns wieder ansteigen, geht*
8 *es nicht nur auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland besser, sondern*
9 *ganz Europa. Und wenn wir in unsere Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und Internet*
10 *investieren, anstatt manisch auf die schwarze Null fixiert zu sein und unseriöse*
11 *Steuersenkungen zu versprechen, geht es nicht nur uns und unseren Kindern besser, sondern*
12 *auch Europa.*
- 13 *Wir wollen die Chance der neuen europafreundlichen Regierung in Frankreich nutzen, um*
14 *beherzte Reformen der Eurozone voranzutreiben. Wir wollen wieder mehr Demokratie und*
15 *Transparenz in Europa. Europa steht für Freiheit, Gerechtigkeit, den respektvollen Umgang*
16 *mit der Umwelt und, ganz besonders wichtig, sozialen Zusammenhalt.*
- 17 *Wir wollen dafür sorgen, dass die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik wieder*
18 *normalisieren kann, weil sie nicht mehr auf sich allein gestellt ist, um große Finanz- und*
19 *Konjunkturkrisen in Europa zu bewältigen. Dafür wollen wir sogenannte automatische*
20 *Stabilisatoren in Europa einführen und die Möglichkeit bei schweren Konjunkturkrisen*
21 *antizyklisch agieren zu können.*
- 22 *Wir wollen ebenfalls die Chance für ökologischen Fortschritt nutzen, da die neue Regierung*
23 *in Frankreich die Bepreisung von CO₂ ganz selbstverständlich und mit einem konkreten Preis*
24 *(von 100€ pro Tonne CO₂) in ihrem Programm stehen hat.*
- 25 Wir glauben ...

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Konservative Politiker*innen haben umgehend versucht, das europäische Programm Macrons zu diskreditieren. Die politische Diskussion in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten eingehend mit den Vorschlägen Macrons auseinandersetzen. Unser Wahlprogramm sollte dazu Stellung beziehen.

Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung.

WB-WH-01-092-4 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller*in: Katharina Dröge (KV Köln)

Nach Zeile 92 im Kapitel WB-WH-01 soll eingefügt werden:

- 1 Der amerikanische Präsident hat den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen
- 2 verkündet. Als Antwort hierauf muss die Europäische Union und damit auch Deutschland nicht
- 3 nur eine klima-, sondern auch eine handelspolitisch deutliche Ansage an die USA machen.
- 4 Prämisse muss sein, dass es kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder
- 5 einem anderen Land geben wird, ohne dass das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und
- 6 der Vertrag der Einhaltung der Pariser Ziele dient. Was wir brauchen ist eine Kurswende in
- 7 der Handelspolitik: Denn es ist nur dann realistisch, die Klimaziele zu erfüllen, wenn wir
- 8 unsere Handelspolitik so ausgestalten, dass sie Ressourceneffizienz, hohe Umweltstandard und
- 9 klimaverträgliche Mobilität und Energieerzeugung fördert und nicht behindert! Alle Versuche,
- 10 die Verhandlungen über Abkommen wie TTIP ohne diese Grundsätze wiederzubeleben, wären ein
- 11 Affront gegen das Weltklima und die Weltgemeinschaft.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

US Präsident Trump hat seinen Beschluss, das Pariser Klimaabkommen aufzukündigen, Anfang Juni verkündet. Es ist notwendig, im Wahlprogramm auf diese aktuelle und einschneidende Entwicklung zu reagieren.

Unterstützer*innen

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Katja Dörner (Bonn KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Oliver Krischer (Düren KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Levin Velt (Halle KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Nada Catic (Rhein-Sieg KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jean Pierre Ganser (Birkenfeld KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)